

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

Beginn: 18:30 Uhr Ende: 22:11 Uhr

Tagungsort Videokonferenz

Die Bestätigung dieser Niederschrift erfolgt in der darauffolgenden Sitzung dieses Gremiums.
Bitte beachten Sie deshalb die zugehörige Niederschrift.

Öffentlicher Teil**TOP 1 Gemeinsames****TOP 1.1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Frau Dr. Schmidt-Faber, Sitzungsleiterin und Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Gemeinde Stahnsdorf, eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung Nr. ARA/001/2022.

Die Sitzungsleiterin begrüßt die Bürgermeister, die Ausschussmitglieder und alle weiteren Anwesenden.

Entschuldigt fehlt aus der Stadt Teltow Herr Bereczki – vertreten durch Herrn Krumeich.
Entschuldigt fehlt aus der Stadt Teltow Herr Rüter – vertreten durch Herrn Kosanke.

Für die Protokollführung sind Frau Diesterhaupt – SB KSD und Frau Engelmann – SB KSD der Gemeinde Stahnsdorf eingesetzt.

Die Sitzungsleiterin stellt fest, dass die Einladung und die Tagesordnung den Mitgliedern fristgerecht zugegangen sind und die Sitzung somit ordnungsgemäß geladen wurde.

TOP 1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Zu Beginn der Sitzung sind:

8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern aus der Gemeinde Stahnsdorf,
5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern aus der Gemeinde Kleinmachnow und
7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern aus der Stadt Teltow anwesend.

Die Gemeinde Stahnsdorf ist beschlussfähig.
Die Gemeinde Kleinmachnow ist beschlussfähig.
Die Stadt Teltow ist beschlussfähig.

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Tagesordnung

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Die Sitzungsleiterin berichtet, dass nicht bei allen Tagesordnungspunkten eine schriftliche Anlage hinterlegt sei. Die Schwierigkeit sich auf einen Tagesordnungspunkt vorzubereiten, der nur eine Betreffzeile aber keinen Inhalt besitze, sei verständlich und nachvollziehbar. In Zukunft sollten die eingereichten Tagesordnungspunkte inhaltlich erklärt werden, ein Dreizeiler könne genügen.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, merkt an, dass er zum Tagesordnungspunkt 2.5.7 erläuternde Worte äußern wolle.

Herr Schweda, Gemeinde Stahnsdorf, stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 2.5.4, 2.5.5, 2.5.6, 2.6.1, 2.6.2 und 2.6.3 von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Behling, Stadt Teltow, schreibt im Chat, dass die entsprechenden Tagesordnungspunkte nur mit Zustimmung des Einreichers abgesetzt werden dürften und eine Abstimmung nicht zulässig sei.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, meint, dass die Gemeinden nacheinander die Abstimmung durchführen müssten. Die Abstimmung müsse drei Mal eingestellt werden.

Herr Liebrecht, Vorsitzender des Ausschusses der Gemeinde Kleinmachnow, führt die Abstimmung der Gemeinde Kleinmachnow durch.

Abstimmungsergebnis der Gemeinde Kleinmachnow zum Antrag von Herrn Schweda:

Ja-Stimmen: 0 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 1
einstimmig abgelehnt

Die Sitzungsleiterin beginnt mit der Abstimmung der Gemeinde Stahnsdorf.

Abstimmungsergebnis der Gemeinde Stahnsdorf zum Antrag von Herrn Schweda:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 3 Enthaltungen: 0
mehrheitlich zugestimmt

Herr Kasdorf, Vorsitzender des Ausschusses der Stadt Teltow, beginnt mit der Abstimmung der Stadt Teltow.

Abstimmungsergebnis der Stadt Teltow zum Antrag von Herrn Schweda:

Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 0
mehrheitlich abgelehnt

Der Antrag von Herrn Schweda ist mehrheitlich abgelehnt worden. Die Tagesordnung bleibt ohne Änderung bestehen.

<18:47 Uhr – Frau Richel, Gemeinde Kleinmachnow, ist anwesend> - 6 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

TOP 1.4 Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 13.12.2021

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Einwendungen sind nicht zu erkennen.

Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 13.12.2021:

Einstimmig angenommen

TOP 1.5 Information des Vorstandes ARA

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, berichtet über das Ergebnis der Zusammenkunft der drei Vorsitzenden, zur Gestaltung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten. Das Ergebnis solle für die Zukunft mehr Klarheit schaffen.

Auf der Basis von Ideen sei sich darauf geeinigt worden, zukünftig gemeinsame, bestehende Projekte zu besprechen und immer wieder transparent zu machen. Als Beispiele werden der Zweckverband Bauhof, die Freibad Kiebitzberge GmbH, das Thema Verkehr, das Thema Finanzen, die auch immer eine Verteilung zwischen den Gemeinden bedeuten und die Finanzierung der Museen genannt. Regelmäßige Berichte aus den jeweiligen Aufsichtsgremien der angesprochenen Institutionen sollen in den ARA gegeben werden, so dass eine einheitliche Informationslage bestehe. Darüber hinaus solle es Perspektivthemen geben, die eine engere Abstimmung in sich bergen sollten, dazu gehören das Thema Energie- und Klimaschutz, die Schulentwicklung, das Radwegekonzept und der ÖPNV. Angedacht sei auch, dass zu jeder ARA-Sitzung ein Thema mit einem Input-Fachvortrag geplant werde, damit gezielt über ein Thema etwas ausgiebiger gesprochen werden könne. Eine lose Aneinanderreihung von Themen solle damit unterbunden werden, beziehungsweise sich auf ganz aktuelle Dinge beschränken. Vor dem Ausschuss für Regionale Angelegenheiten werde eine Abstimmungsrunde der drei Vorsitzenden stattfinden, um die Tagesordnung zu gestalten. Auch die Einbindung des Regionalbeauftragten solle weiter verstärkt werden.

Abschließend sei die Frage zu stellen, wie die Gemeinde Stahnsdorf zukünftig mit der Beteiligung an den Regionalbeauftragten umgehen werde.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, fragt, ob sich der Ausschuss für Regionale Angelegenheiten, in der jetzt geschilderten Form, nur noch mit neuen Themen befassen werde, oder weiterhin eingebrachte Beschlussvorlagen, die von allgemeiner Bedeutung sind, in den drei Ausschussteilen gemeinsam diskutiert werden.

Die Sitzungsleiterin antwortet, dass man sich pro Ausschuss mit einem Schwerpunktthema beschäftigen werde. Das bedeute aber nicht, dass keine Beschlussvorlagen auf die Tagesordnung kommen würden. Es solle auch in der Geschäftsordnung festgehalten werden, dass der Ausschuss für Regionale Angelegenheiten, zu bestimmten Themen, ein Votum abgeben dürfe. Dieses Votum solle zurück in die Gemeinden fließen und dort weiter behandelt werden.

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

TOP 1.6 Regionalprojekte**TOP 1.6.1 Bericht des Sozialraumkoordinators der Stadt Teltow, Herr Hochmal**

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und begrüßt den Sozialraumkoordinator aus Teltow, Herrn Hochmal.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, teilt im Chat mit, dass Herr Hochmal auch gleich auf den Tagesordnungspunkt 2.5.1 eingehen werde.

Die Sitzungsleiterin übergibt das Wort an Herrn Hochmal.

Herr Hochmal, Sozialraumkoordinator, beginnt mit seiner Präsentation.

Herr Steinacker, Gemeinde Kleinmachnow, fragt, ob sich die Präsentation um ein beschlossenes Konzept in Teltow handeln würde. Bei den aktuellen Herausforderungen seien viele Themenfelder benannt worden, die in Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow relevant seien. Wie gestalte sich die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen?

Herr Hochmal, Sozialraumkoordinator, antwortet, dass er nur in der Stadt Teltow angestellt sei. Die Themen, die die Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf betreffen würden, könne er nicht stemmen. Das Teltower Konzept sei eng verzahnt mit dem Konzept des Landkreises. Im Landkreis gebe es ein Gremium mit dem Namen „Regionalteam“, welches insbesondere für den sozialen Bereich gefasst worden sei. In dem Landkreiskonzept sei es so, dass es für die verschiedenen Planregionen, auch in der sich TKS und Nuthetal befinden, ein Regionalteam gebe. Dort treffen sich, neben den freien Trägern die in den Kommunen unterwegs sind, auch die Verwaltungen. Stellt die Stadt Teltow ein Thema mit Regionalbezug fest, dann werde dieses Thema in dieses Gremium hineingetragen.

<19:27 Uhr – Herr Schlossarczyk, Stadt Teltow, ist abwesend> - 6 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Die Sitzungsleiterin berichtet, dass der soziokulturelle Verein in Stahnsdorf, gegründet von Menschen mit Behinderungen, vor Coronazeiten jährlich ein Dorffest veranstaltet habe. Viele Jahre sei diese Veranstaltung als integrative Veranstaltung gedacht gewesen. Es scheiterte zunehmend an strukturellen Schwierigkeiten, beispielsweise fehlte es an Betreuungspersonal. Sie spricht die Themen Prävention und Substanzverbrauch an.

Frau Richel, Gemeinde Kleinmachnow, fragt, wie die Fokusgruppen gebildet worden seien, die Bedarfe aller Altersgruppen ermittelt wurden und mit welchen Maßstäben die einzelnen Gruppen gebildet worden seien. Eventuell müsse nachgesteuert werden, da die Senioren, wie auch die Jugendlichen, Herausforderungen haben werden.

Herr Hochmal, Sozialraumkoordinator, antwortet, dass die Themenbereiche eigenständig gebildet worden seien. Es bedarf sicher immer einer Nachsteuerung und einer Anpassung. Die Fokusgruppe Gesundheit und Pflege konnte sich noch nicht mit der Arbeitsgruppe beschäftigen, da für die Fachkräfte durch die Pandemie andere Aufgaben wichtig seien. Grundsätzlich seien die Arbeitsgruppen nach den Themen gebildet und zwar so, dass sich alle Altersgruppen wiederfinden. Gremien die bereits existierten, wurden integriert.

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

- TOP 2 Beratung der Beschlussvorlagen**
- TOP 2.1 Beschlussvorlagen der Stadt Teltow**
- TOP 2.2 Beschlussvorlagen der Gemeinde Kleinmachnow**
- TOP 2.3 Beschlussvorlagen der Gemeinde Stahnsdorf**
- TOP 2.3.1 Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr in Stahnsdorf**
Drucksache: B-22/004

Die Vorsitzende ruft den TOP auf.

Frau Uhlmann, Verwaltung der Gemeinde Stahnsdorf, führt zum Sachverhalt aus.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, bezieht sich auf das Schreiben, verfasst von Herrn Grubert und ihm. Die unter der Überschrift „Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr Stahnsdorf“ versteckte Botschaft muss im Ausschuss diskutiert werden. Wichtig sei eine Kommunikation unter Hinzuziehung der Kameradinnen und Kameraden der Region. Der Brand- und Katastrophenschutz sei eins der wichtigen Güter, die hier gemeinsam geschaffen worden seien. Er erinnert an die vor Jahren gemeinsam geschriebene Gefahrenabwehrbedarfsplanung. Die Ergebnisse haben die Regionen mit einzelnen Aufgaben belegt, die versucht wurden zu erfüllen. In der neu beschlossenen Gefahrenabwehrbedarfsplanung der Gemeinde Stahnsdorf stehe drin, dass die bestehende Vereinbarung angepasst und überarbeitet werden müsse; als mittelfristiges Ziel definiert. Auf die Zahlen in der Stahnsdorfer Beschlussvorlage wolle er nicht näher eingehen, aber in der Zusammenfassung der Zahlen sei wohl aus seiner Sicht einiges übersehen worden. Bevor hier derart weitreichende Beschlüsse getroffen werden, sollte eine Zusammenführung der Argumente vollzogen werden. Danach müsse jeder zu einer Entscheidung kommen. Die Verwaltungen sollten sich zu diesem Thema zusammensetzen.

Herr Schweda, Gemeinde Stahnsdorf, meint, dass der von Herrn Schmidt vorgeschlagenen Verfahrensweise nichts mehr hinzugefügt werden müsse. Da die Verwaltungsvereinbarung nicht mehr zeitgemäß sei, müsse darüber sicher gesprochen werden.

Herr Arnold, Gemeinde Stahnsdorf, merkt an, dass er das Entsetzen nicht nachvollziehen könne. Das Ehrenamt solle gestärkt werden. Das könne durch die Emanzipation der Freiwilligen Feuerwehr Stahnsdorf erfolgen. Das Thema solle nicht politisch, sondern fachlich geklärt werden. Fachlich werde keine Vereinbarung benötigt, weil die Hilfeleistung gesetzlich garantiert sei. Die Feuerwehr Stahnsdorf fährt seit Jahren nach Teltow und nach Kleinmachnow zu Einsätzen, so sei es auch anders herum. Die kameradschaftliche Zusammenarbeit werde darunter nicht leiden, weil am Ende gemeinsam Brände gelöscht und Hilfe geleistet werden müsse. Der Brandschutzbedarfsplan der Gemeinde Stahnsdorf sei in Zusammenarbeit mit der Gemeindeführerin und Ortswehrführer aus Stahnsdorf erarbeitet worden und beide seien in der Feuerwehr Teltow angestellt. Nicht nur die Verwaltung, sondern auch die komplette Stahnsdorfer Feuerwehr stehe hinter dieser Beschlussvorlage.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

Herr Ehlert, Gemeinde Stahnsdorf, fragt, wie der Kleinmachnower Bürgermeister, Herr Grubert, zu diesem Thema stehe. Ihm fehle eine Stellungnahme der Teltower und Kleinmachnower Feuerwehr. Er gibt zu Protokoll, dass bevor in Stahnsdorf solch eine Entscheidung getroffen werde, die Stellungnahmen der anderen Feuerwehren eingeholt werden sollten, um dann fachlich die Sache auswerten zu können.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, sagt, dass das Thema auf der letzten Tagesordnung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten gewesen sei. Durch die technischen Probleme sei es leider nicht zu dieser geplanten Aussprache gekommen. Die Problematik mit anderen kommunalen Projekten habe in der Vergangenheit gezeigt, dass Abstimmung wichtig und richtig sei.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, geht auf den Vortrag von Herrn Arnold ein. Es gehe hier nicht nur um das Personal, sondern auch um die Technik. Die Größenordnung an Technik werde vorgehalten, um ein hohes Maß an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger und für die Gewerbetreibenden in der Region bringen zu können. Das sei ein hohes Gut, was gemeinsam seit vielen Jahren finanziert werde. Der finanzielle Anteil der Gemeinde Stahnsdorf liege bei zirka zehn Prozent der Gesamtkosten. Das sei ein angemessener Anteil an all dem, was hier gemeinsam zur Verfügung gestellt werde. Im Gefahrenabwehrbedarfsplan der Gemeinde Stahnsdorf sei ausdrücklich formuliert worden, dass dieses Thema in Überarbeitung angegangen werden solle. Eine Überarbeitung sei aber keine Kündigung.

Frau Uhlmann, Verwaltung der Gemeinde Stahnsdorf, weist darauf hin, dass mit der Beschlussvorlage die Diskussion bereits im letzten Ausschuss für Regionale Angelegenheiten angestoßen werden sollte, die Sitzung sei leider abgebrochen worden. Vor dem Hintergrund der Stahnsdorfer Haushaltsdiskussion, die auch im Regionalausschuss geführt wurde, musste überlegt werden, wie mit einzelnen Verträgen umgegangen werden sollte. Mit dieser Beschlussvorlage sollten die Gemeindevertreter der Gemeinde Stahnsdorf befragt werden, wie mit der 25 Jahre alten Vereinbarung umgegangen werden soll. Die interkommunale Zusammenarbeit soll nicht in Abrede gestellt werden. Auch in Zukunft soll gemeinsam Brand- und Katastrophenschutz betrieben werden.

Frau Dr. Schmidt-Faber, Gemeinde Stahnsdorf, meint, dass es faktisch richtig sei, dass ein 25 Jahre alter Vertrag auf den Prüfstand gehöre.

Herr Arnold, Gemeinde Stahnsdorf, merkt an, das es bei regionalen Themen, beispielsweise bei dem Schwimmbad Kiebitzberge, einen Aufsichtsrat geben würde, der zusammen entscheidet. Einen Aufsichtsrat bei der Feuerwehr Teltow gebe es nicht, weil sie eine Institution der Stadt Teltow und nicht eine Institution von den drei Kommunen zusammen sei. Der Brand- und Katastrophenschutz werde kommunal im jeweiligen Ort verfolgt. Feuerwehrleute denken nicht in Grenzen, sie werden alarmiert und dann werde geholfen. Für eine gute Zusammenarbeit brauche es keine Verwaltungsvereinbarung.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, sagt, dass als Region gedacht werden solle und mit einem solchen Ausschuss auch ein politischer Rahmen gewählt worden sei. In der Vergangenheit sei immer rechtzeitig diskutiert worden. Fachliche Diskussionsrunden werden von Nöten sein, damit alle Kommunen dann den gleichen Kenntnisstand haben werden.

<20:17 Uhr – Herr Mushack, Gemeinde Stahnsdorf, ist anwesend > - 9 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf, meint, dass der Ausschuss für Regionale Angelegenheiten für Besprechungen solcher Themen durchgeführt wird. Das Thema wurde auf die Tagesordnung gesetzt. Er ist davon ausgegangen, dass die Stadt Teltow, mit Blick auf das Erreichen der 30.000 Einwohner, bereits Überlegungen zur Umsetzung getroffen hat. Die Realität für die Gemeinde Stahnsdorf heißt, den Brandschutz in Stahnsdorf sicherzustellen. Dazu bedarf es immenser Investitionen. Bei Abschluss der Vereinbarung wurde sich auf eine Laufzeit, Turnus immer zwei Jahre, und auch auf Kündigungsfristen verständigt, für den Fall, dass sich eine Kommune zu einer Beendigung in der bisher gelebten Form entschließen wird und um sicherzustellen, dass sich die anderen Kommunen darauf einstellen können.

Eine Kündigung der Vereinbarung bedeutet nicht, dass man nicht eine neue, zeitgemäße Form der Zusammenarbeit verschriftlichen kann. Die eingebrachte Beschlussvorlage dient als Diskussionsgrundlage, aber an erster Stelle um zu erfahren, wie das Abstimmungsergebnis der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, die von den Stahnsdorfer Bürgerinnen und Bürger gewählt wurden, lauten wird.

Herr Ehlert, Gemeinde Stahnsdorf, sagt, dass der gelegte Grundstein der Vorfahren nicht beendet, sondern ausgebaut werden sollte. Diese Option gebe die Beschlussvorlage nicht her. Die Zusammenarbeit solle weiter geführt werden.

<20:25 Uhr – Herr Schlossarczyk, Stadt Teltow, ist anwesend> - 7 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, fragt Herrn Albers, ob es den Tatsachen entsprechen würde, dass in dem in Stahnsdorf beschlossenen Gefahrenabwehrbedarfsplan an keiner Stelle von der Aufkündigung des Vertrages die Rede gewesen sei, sondern nur von einer Überarbeitung?

Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf, antwortet, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten von Herrn Kasdorf zu erfahren war, dass die Stadt Teltow die 800.000 Euro, die sie als Mittelzentrum erhält, für die Feuerwehr eingesetzt wird. Das ist eine Frage, über die in diesem Zusammenhang diskutiert werden sollte. Der Brandschutzbedarfsplan liegt allen vor. Der Gesetzgeber hat ganz klar gesagt, dass jede Kommune den Brandschutzbedarfsplan bei sich sicherstellen muss. Das wird für die Stadt Teltow, ab 30.000 Einwohnern, mit hauptamtlichen Kräften sein. Ob die Gemeinde Stahnsdorf künftig dort einen Beitrag leisten soll und in welchem Umfang, kann möglicherweise in einer neu zu erstellenden Vereinbarung besprochen werden. In Stahnsdorf wird man zu einem Ergebnis kommen und durch Transparenz auch für die Nachbarkommunen nachvollziehbar sein.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

Herr Kosanke, Stadt Teltow, schlägt vor, dass die immer angesprochenen 800.000 Euro einfach nach Einwohnerschlüssel auf die drei Gemeinden aufgeteilt werden sollten. Aber dann auch für die Gemeinde Stahnsdorf die Verpflichtung entstehen müsse, sich aus regionalen Projekten nie wieder herauszuziehen. Er schildert die Strukturen in der Teltower Feuerwehr.

Herr Mushack, Gemeinde Stahnsdorf, merkt an, dass bei dem Beschließen des Gefahrenabwehrplanes der Gemeinde Stahnsdorf bereits deutlich der Änderungswunsch der Vereinbarung zur Sprache hätte kommen müssen, durch die Verwaltung und auch durch die Gemeindevertreter. Die drei Bürgermeister sollten eine Kompromisslösung bis Ende Mai finden.

Herr Arnold, Gemeinde Stahnsdorf, klärt auf, dass die Feuerwehr Stahnsdorf auch Einsätze in den anderen Kommunen fahren und keine Rechnungen schreiben würden. Abgerechnet werden Hilfeleistungseinsätze, wenn private Personen, Verkehrsunfälle verursacht haben. Es sollten keine Falschinformationen gestreut werden. Die Feuerwehr Stahnsdorf fährt 100 Prozent seiner Einsätze im Ort alleine. Zur Hilfeleistung, wie auch in Kleinmachnow, kommt die Feuerwehr Teltow hinzu. So sei es aber auch, wenn es in Teltow zu einem größeren Brandeinsatz kommen würde, dann fahre die Feuerwehr Stahnsdorf auch automatisch dort mit hin und es werde nicht gegenseitig abgerechnet, denn es gebe dazu keine Vereinbarung mit Teltow.

Die Politik solle außen vorgelassen werden, nur was der Gesetzgeber vorgebe und was für die Zusammenarbeit wichtig sei, müsse betrachtet werden.

Herr Grubert, Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow, spricht den Punkt der regionalen Zusammenarbeit an. In der Beschlussvorlage stehe eindeutig drin, dass die Vereinbarung gekündigt werden solle. Der Eindruck entstehe, dass der Bürgermeister aus Stahnsdorf kein Interesse an einer regionalen Zusammenarbeit habe. Aus TKS könne auch TK gemacht werden.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, sagt, dass in dem Gefahrenabwehrbedarfsplan der Gemeinde Stahnsdorf kein Wort von der Kündigung dieses Vertrages stehen würde. Die Diskussion am heutigen Abend habe Klarheit gebracht, woher diese hier vorgetragene Idee stammt, dieses Brand- und Katastrophenschutz-Netzwerk derartig zu attackieren. Er hofft auf einen fachlichen Austausch.

Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf, sagt abschließend, dass die Aufgabe eines jeden Gemeindevertreters, eines jeden Bürgermeisters und auch eines jeden Verwaltungsmitarbeiters darin besteht, die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Der Brandschutz und viele andere Dinge gehören auch dazu. Er erwähnt den gemeinsamen Bauhof TKS und die damit auftretenden finanziellen Probleme. Stahnsdorf ist in seiner infrastrukturellen Entwicklung deutlich hinter dem zurück, was die Gemeinde Kleinmachnow und die Stadt Teltow haben. Er erwartet Verständnis, dass auch Stahnsdorf, neben Kita-, Schul- und Feuerwehrneubau, das Bedürfnis nach einem Bürgersaal, einem Bürgerhaus, Kultur und Identität hat.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, merkt an, dass bei jeder Kooperation der Einwohnerschlüssel der Gemeinde Stahnsdorf berücksichtigt werde. Die Gemeinde Stahnsdorf habe die geringsten Beiträge und das sei auch richtig so. Wenn die gemeinsamen Projekte als eine gemeinsame Leistung für eine gemeinsam existierende Region verstanden werden, dann werde vieles richtig gemacht.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

Die Sitzungsleiterin könne keine weiteren Wortmeldungen erkennen und sagt abschließend, dass es allen Gemeindevertretern, die dem Ausschuss für Regionale Angelegenheiten angehören, um die Zukunft der regionalen Zusammenarbeit gehe.

Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf, führt an, dass es weiterhin Gespräche mit dem Bürgermeister aus Kleinmachnow und dem Bürgermeister aus Teltow geben wird.

Die Gemeinde Stahnsdorf stimmt über die Beschlussvorlage B-22/004 ab.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage B-22/004:

Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 1
mehrheitlich nicht empfohlen

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, berichtet, dass er von der Presse zur Beschlussvorlage frühzeitig befragt worden sei. Seine Auffassung sei, dass durch diese Beschlussvorlage das Gespräch aufgenommen werde. Die Gemeindevertretung im Mai 2022 sei noch ausreichend, um über diese Beschlussvorlage zu befinden. Der Diskussionsverlauf heute habe gezeigt, dass noch Redebedarf sei. Somit könne die Beschlussvorlage zurück in die Ausschüsse der Gemeinde Stahnsdorf verwiesen werden, um am 03. Mai 2022 den Beschluss zu fassen.

Die Sitzungsleiterin unterbricht um 21:11 Uhr die Sitzung für eine kurze Pause.

<21:11 Uhr – Frau Pietsch, Gemeinde Stahnsdorf, ist abwesend> - 8 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Die Sitzungsleiterin fährt um 21:17 Uhr mit der Sitzung fort.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Grunwaldt und teilt mit, dass es kaum möglich sein werde, das ganze Thema in der Kürze der Zeit so final zu besprechen. Es werde darauf hinauslaufen, dass die Stadt Teltow den Gemeindevertretern der Gemeinde Stahnsdorf ein Statement mit Inhalten zukommen lassen, um Position zu beziehen. Dies könne dann eine Beratungsgrundlage für die Gemeinde Stahnsdorf sein.

TOP 2.4 Beratung ohne Beschlussvorlage**TOP 2.4.1 Finanzielle Aspekte der regionalen Zusammenarbeit: Aufstellung der Verbindlichkeiten und Zuschüsse für regionale Projekte und Zusammenschlüsse**

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und erwähnt die von den Kämmerern aller drei Kommunen erarbeitete Exceltabelle. Sie ist der Meinung, dass die Vereinbarungen und Verträge mit den Laufzeiten noch fehlen würden. Dies solle noch ergänzt werden.

Die drei Vorsitzenden nehmen dies als Hausaufgabe mit.

Weitere Wortmeldungen sind nicht zu erkennen.

Niederschriftder Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

TOP 2.5 Themen zur Information**TOP 2.5.1 Stadt Teltow - DS-147/2021 Konzept zur Bildung eines Jugendbeirates**

Die **Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

Herr Hochmal, Sozialraumkoordinator der Stadt Teltow, führt zum Sachverhalt aus.

Frau Richel, Gemeinde Kleinmachnow, fragt im Chat, wie viele Jugendliche sich an der Konzepterstellung beteiligen würden.

Herr Hochmal, Sozialraumkoordinator der Stadt Teltow, antwortet, dass das Konzept bereits erstellt und bewilligt worden sei. Einen Jugendbeirat zu gründen sei ein langer Prozess gewesen. Durch Kinder- und Jugendforen und durch Umfragen, sei mit vielen Kindern und Jugendlichen gesprochen worden. Auch die Frage, wie solch ein Jugendbeirat aussehen könne, sei gestellt worden. Eine genaue Beteiligungsanzahl könne nicht genannt werden.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, fragt den Stahnsdorfer Bürgermeister, wie bei diesem Thema der Stand der Dinge sei.

Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf, antwortet, dass eine Kinder- und Jugendkonferenz durchgeführt wurde. Daraus wurden Arbeitsgruppen zu laufenden Projekten gebildet. Die Jugendlichen wurden dann, projektbezogen, an den Vorhaben der Gemeinde beteiligt.

Weitere Wortmeldungen sind nicht zu erkennen.

TOP 2.5.2 Stadt Teltow - DS-162/2021 Pilotprojekt zur Errichtung von Ladelaternen in der Stadt Teltow

Die **Sitzungsleiterin**, ruft den TOP auf.

Herr Kasdorf, Stadt Teltow, schildert den Sachverhalt und berichtet, dass nach einem Gespräch mit Herrn Grunwaldt, die Umsetzung in Teltow so nicht möglich sein werde. Das Prüfergebnis habe ergeben, dass extra Ladepunkte gesetzt werden müssen. Aber auch das werde es geben, denn der Bedarf sei da.

Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf, informiert, dass die Stadt Prag ihre Straßenlaternen, die gleichzeitig Ladestationen sind, flächendeckend einführen werde.

Herr Liebrez, Gemeinde Kleinmachnow, sagt, dass die Gemeinde einen Prüfauftrag haben, der nicht in Richtung Schnelladesäule, sondern in langsames Laden über Nacht gehe. Er merkt an, dass alle diese technischen Entwicklungen auf den Netzbetreiber zurückfallen werden. Da gebe es erheblichen Abstimmungsbedarf. Die mit dem Netzbetreiber EDIS entstehenden Informationsflüsse sollten gebündelt werden, denn es handele sich hier um ein regionales Projekt.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, führt aus, dass die Ladesäulen an Straßenbeleuchtungsanlagen sicher in einigen Kommunen möglich sein werden, denn ihre Netze würden anders gefahren. Für TKS werde es schwer umsetzbar sein, denn die Straßenbeleuchtungsanlagen würden nicht mit dem Querschnitt ausgerüstet sein, um mehrere Ladesäulen aufnehmen zu können. Er schlägt vor, dass zum nächsten Ausschuss für Regionale Angelegenheiten der breite Sachverstand dazu eingeholt werden sollte.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Herr Krumeich, Herr Albers, Frau Richel, Herr Liebreuz und Herr Grunwaldt.

TOP 2.5.3 Gemeinde Stahnsdorf - B-21/113 Brandschutzbedarfsplan 2021 der Gemeinde Stahnsdorf

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Gesprächsbedarf ist nicht zu erkennen.

TOP 2.5.4 TKS: Anträge der Ladestationen zu Elektromobilität

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Tagesordnung genommen werden würde.

TOP 2.5.5 Informationen aus der Gemeinde Kleinmachnow: Beschlussanträge zu Schnellladesäulen / Ladepunkten / Informationsangeboten zu Solardächern

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, berichtet von zwei Anträgen in der Gemeindevertretung, die sich mit der Erhöhung der Anzahl der verbauten Solardächer in Kleinmachnow beschäftigen würden. Zu den Ladepunkten sei in dieser Sitzung bereits gesprochen worden.

TOP 2.5.6 Information aus der Gemeinde Kleinmachnow: Hinweisschilder Rücksicht auf Fußgänger/Fahrradfahrer

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, äußert sich zum Sachverhalt und merkt an, dass es hier nicht um eine Beschlussfassung gehen würde, sondern um einfaches Verwaltungshandeln. Dieser Sachverhalt müsse idealerweise zwischen den drei Kommunen abgestimmt werden. Es handele sich um den Weg entlang des Teltowkanals. Fußgänger fühlten sich wohl von Fahrradfahrern belästigt. Eventuell könnten sich alle drei Kommunen auf ein gemeinsames Hinweisschild einigen. Das Miteinander von Fußgängern und Radfahrern solle an einigen Stellen sichtbar gemacht werden. Diese Idee werde er an die drei Bürgermeister weiterreichen.

<21:50 Uhr – Herr Krumeich, Stadt Teltow, ist abwesend> - 6 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

TOP 2.5.7 Information aus der Stadt Teltow: Verwendung der Zuwendungen als Mittelzentrum

Die **Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, verweist auf den § 14a und den § 14b BbgFAG - Gesetz über den allgemeinen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Brandenburg.

Zu Protokoll:

§ 14a BbgFAG – Mehrbelastungsausgleich für Mittelzentren und Kreisstädte

(1) Die Gemeinden, die nach der Landesplanung als Mittelzentrum festgestellt worden sind oder Sitz der Verwaltung eines Landkreises sind, erhalten als Mehrbelastungsausgleich einen Ausgleichsbetrag in Höhe von 800 000 Euro. Soweit die Gemeinden die zentralörtlichen Aufgaben in Funktionsteilung wahrnehmen, wird der Mehrbelastungsausgleich nach Satz 1 entsprechend aufgeteilt.

(2) Der Mehrbelastungsausgleich nach Absatz 1 wird zusammen mit den Schlüsselzuweisungen berechnet und ausgezahlt.

§ 14b BbgFAG – Mehrbelastungsausgleich für grundfunktionale Schwerpunkte

(1) Die Gemeinden, in denen jeweils am 1. Januar des Ausgleichsjahres nach der Landesplanung durch die jeweiligen Regionalpläne ein grundfunktionaler Schwerpunkt festgestellt worden ist, erhalten als Mehrbelastungsausgleich einen Ausgleichsbetrag in Höhe von 100 000 Euro.

(2) Der Mehrbelastungsausgleich nach Absatz 1 wird zusammen mit den Schlüsselzuweisungen berechnet und ausgezahlt.

Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, sagt abschließend, dass es eine pauschale Zuwendung sei, die nicht gegenüber dem Land anhand eines bestimmten Schemas abgerechnet werden müsse.

<21:56 Uhr – Herr Kosanke, Stadt Teltow, ist abwesend> - 5 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

TOP 2.6 Fragen der regionalen Zusammenarbeit

TOP 2.6.1 Ortstermine planen z.B. E.DIS: Netzausgestaltung für E-Autos, Ladeinfrastruktur

Die **Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf und fragt, ob Ortstermine, wie beispielsweise E.DIS, gewünscht seien.

An der Aussprache beteiligen sich Herr Schmidt, Herr Suchardt und Herr Grunwaldt.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

**TOP 2.6.2 Geschäftsordnungen anpassen (ergänzende Geschäftsordnung) Leitbild
ARA**

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Dieses Thema solle in der nächsten Sitzung näher behandelt werden. Die Überlegungen seien gewesen, sich nur mit wesentlichen Themen zu beschäftigen, nur Beschlussvorlagen auf die Tagesordnung nehmen, die alle drei Kommunen betreffen und das der Ausschuss für Regionale Angelegenheiten keine Beschlussvorlagen abstimmen werde, sondern ein Votum abgeben solle.

Wortmeldungen sind nicht zu erkennen.

**TOP 2.6.3 Vorbereitung der nächsten Ausschusssitzung, z.B. Einladung regionale
Planungsgesellschaft, Katastrophen/- Brandschutz der drei Gemeinden
etc.**

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Die Regionale Planungsgesellschaft solle geladen werden, wenn die Sitzungen wieder in Präsenz durchgeführt werden können.

Der Katastrophen- und Brandschutz werde nicht auf die nächste Tagesordnung genommen.

**TOP 2.7 Anfragen von Mitgliedern der GV und SVV an den Ausschuss für
Regionale Angelegenheiten**

TOP 2.7.1 30-Tonner über die Schleuse Kleinmachnow

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und berichtet, dass die Frage in der letzten Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten bereits gestellt worden sei, aber durch den Abbruch der Sitzung nicht mehr beantwortet worden sei.

Herr Grubert, Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow, vermutet, dass sich die Frage auf eine Tonnagebegrenzung beziehen werde. Das sei aber Aufgabe des Landkreises. Er sichert eine Nachfrage bei der Unteren Verkehrsbehörde zu.

TOP 2.8 Sonstiges

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, spricht die Montagsdemos und die dazu angemeldeten Gegendemos an und fragt nach dem Stimmungsbild der Gemeinde Kleinmachnow und der Gemeinde Stahnsdorf.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, teilt mit, dass er Vorsitzender des Polizeibeirates der Polizeidirektion West sei und genau zu diesem Thema in der nächsten Woche eine Sondersitzung angesetzt habe. Den Bericht aus der Sitzung, also Anteile TKS betreffend, werde er in den Ausschuss für Regionale Angelegenheiten geben.

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten am 07.02.2022

Die Sitzungsleiterin sagt abschließend, dass Themenvorschläge per Mail an den KSD und/oder an die drei Vorsitzenden des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten gegeben werden sollen.

TOP 3 Schließung der Sitzung

Die Sitzungsleiterin schließt um 22:11 Uhr die Sitzung.



Dr. Bettina Schmidt-Faber

Sitzungsleiterin und Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten

Anlage

Verteiler

- Mitglieder des FWV
- Vorsitzender der GV
- Fraktionsvorsitzende
- Ortsvorsteher
- Bürgermeister
- FB Hauptverwaltung
- FB Finanzen
- FB Soziales
- FB Verkehrs- und Grünflächen
- KPE
- KSD - Original